



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union

EU-Wochenspiegel

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt

Ausgabe: 20/19 • 16.05.2019



Vorwort

Sehr geehrte Damen und Herren,
liebe Leserinnen und Leser,

das mittelalterliche Stadtrecht von Magdeburg entfaltete bis weit in die Neuzeit eine einzigartige Wirkung: Mehr als 1000 Orte in Mittel- und Osteuropa nutzten dieses Gerüst, um das Leben in ihren Mauern zu regeln.

Der Chef der Staatskanzlei und Minister für Kultur Sachsen-Anhalts, Staatsminister Rainer Robra, wird daher am heutigen Abend in unserer Landesvertretung die Gäste zur Veranstaltung „Faszination Stadt - Das Magdeburger Recht – ein Exportschlager aus Sachsen-Anhalt“ begrüßen mit der Sachsen-Anhalt auf die große Bedeutung und Vorbildfunktion des Magdeburger Rechts aufmerksam machen möchte.

Es wird einen kleinen einführenden Fachvortrag zur in Teilen präsentierten Ausstellung geben und ein Podiumsgespräch zum Thema „Magdeburger Recht in Mittel- und Osteuropa“. An dem Podiumsgespräch werden Vertreter des Nationalmuseums Palast der Großfürsten von Litauen, der Magdeburger Museen, des Kulturhistorischen Museums Magdeburg und der Universität Halle-Wittenberg und der Sächsischen Akademie der Wissenschaften teilnehmen.

Umrahmt wird der Abend durch die Band Triskilian, die mit mittelalterlichen Klängen - Musik aus der Entstehungszeit des Magdeburger Stadtrechts, - bezaubert wird.

Mit besten Grüßen

Carmen Johannsen
Leiterin der Landesvertretung



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union

SACHSEN-ANHALT
Vertretung bei der Europäischen Union





Inhaltsverzeichnis

<u>Vorwort</u>	2
<u>Aus den Institutionen</u>	4
• Europäische Kommission – Harmonisierung der drei wichtigsten Frequenzbänder für 5G-Mobilfunk	
• Europäische Kommission – Bildung in Notsituationen: EU unterstützt Bildungsprojekte und startet #RaiseYourPencil	
• Mauro Ferrari zum nächsten Präsidenten des Europäischen Forschungsrates ernannt	
• Agrarrat am 14. Mai 2019	
<u>Aus den Fachbereichen</u>	8
• Telefonate ins EU-Ausland ab 15. Mai billiger	
• Sicherheitsunion: Datenbanken in EU werden besser miteinander verzahnt	
• Faktenchecks zu den gängigsten Mythen über die Europäische Union	
• Freies WLAN an öffentlichen Orten (WiFi4EU): Nächste Gewinner stehen fest	
<u>Was, wann, wo</u>	12
• Innovative patientenzentrierte Strategien zur Optimierung der Demenzpflege und der Patientenautonomie	
• 22. Internationales WDR Europaforum 2019	
<u>Ausschreibungen</u>	14
• Amt der Europäischen Union für geistiges Eigentum – Stellenausschreibung	
• Europäisches Amt für Personalauswahl - Auswahlverfahren	
<u>Kontaktbörse</u>	15
• Europäische Projekte – Diverse Partnergesuche	
<u>Büro intern / Tipp</u>	18
• Tipp – Azubis werben für die Europawahl	
• GOEUROPE - Quizfragen	
<u>Ihr Kontakt zu uns</u>	21
<u>Impressum</u>	22



Aus den Institutionen

[Zurück zur Übersicht](#)

Europäische Kommission – Harmonisierung der drei wichtigsten Frequenzbänder für 5G-Mobilfunk

Die Europäische Kommission hat am 14. Mai die Durchführungsentscheidung zur Harmonisierung des 26-GHz-Frequenzbandes für drahtlose Netze angenommen. Das ist ein weiterer großer Schritt hin zur europaweiten Einführung des schnellen mobilen Internets 5G. Mit der Entscheidung wird die EU-weite Koordinierung aller drei Pionierbänder (700 MHz, 3,6 GHz und 26 GHz) abgeschlossen, die für die Einführung von 5G in den Mitgliedstaaten erforderlich sind. Die Harmonisierung der Funkfrequenzwellen ist die Grundlage für grenzüberschreitende drahtlose Kommunikationsdienste und legt gemeinsame technische Bedingungen für die Nutzung dieser Bänder fest.

Insbesondere die Verfügbarkeit des 26-GHz-Bandes wird die Bereitstellung innovativer Dienste wie hochauflösende Videokommunikation sowie Virtual und Augmented Reality erleichtern. Die Harmonisierung des 26-GHz-Bandes in ganz Europa muss in allen Mitgliedstaaten bis Ende März 2020 abgeschlossen sein, während die effektive Nutzung von mindestens 1 GHz dieses Bandes spätestens Ende 2020 erfolgen wird.

5G wird zunächst in Großstädten und entlang wichtiger Verkehrswege sowie an Industrieanlagen eingeführt. Eine bessere Frequenzkoordination zusammen mit der Umsetzung des Europäischen Kodex für elektronische Kommunikation wird dazu beitragen, den künftigen Konnektivitätsbedarf der europäischen digitalen Wirtschaft und Gesellschaft zu decken. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Die vollständige Pressemitteilung](#)

[Faktenblatt](#)

Europäische Kommission – Bildung in Notsituationen: EU unterstützt Bildungsprojekte und startet #RaiseYourPencil

Die EU-Kommission hat am 14. Mai neue Finanzierungshilfen in Höhe von 164 Mio. Euro für Bildungsprojekte in Notsituationen und Krisen angekündigt. Zudem hat sie zusammen mit Prominenten aus aller Welt und rund 400 Studierenden die Social-Media-Kampagne #RaiseYourPencil gestartet, mit der sie junge Menschen in Europa sensibilisieren und bei ihnen um Solidarität für ihre Altersgenossen weltweit werben will.

Durch EU-Mittel wurde zwischen 2015 und 2018 für mehr als 6,5 Millionen Mädchen, Jungen und Lehrkräfte in 55 Krisenländern qualitativ hochwertige Bildung und Ausbildung leichter zugänglich, nachdem die Europäische Union die Unterstützung der von humanitären Krisen betroffenen Kinder verstärkt hat.

Veranstaltung #School4All

Die Veranstaltung #School4All fand zum Thema Bildung in Notsituationen im Beisein prominenter Teilnehmer in Brüssel statt. Neben mehr als 400 Schülern, Lehrkräften, Politikern



und Fachleuten für humanitäre Hilfe nahmen Friedensnobelpreisträger Denis Mukwege und die belgischen Sängerinnen Axelle Red und Typh Barrow daran teil.

Kampagne #RaiseYourPencil

Bildung muss weltweit für alle von Krisen betroffenen Mädchen und Jungen zugänglich sein. Um darauf aufmerksam zu machen, wurde die Kampagne #RaiseYourPencil gestartet. Junge Europäerinnen und Europäer sollen dazu ermutigt werden, sich mit jenen Altersgenossen in der ganzen Welt solidarisch zu zeigen, die aufgrund von Notsituationen



keine Schule besuchen können. Die bis September 2019 anberaumte Kampagne deckt einen Zeitraum ab, der vom Ende des Schuljahres in den europäischen Ländern bis zum Schulbeginn nach den Sommerferien reicht. Die Kommission wählte den Bleistift, der weltweit für Schule und Lernen steht, um alle dazu aufzufordern, sich unter dem Hashtag #RaiseYourPencil in den sozialen Medien zu äußern und sich für die Schule für alle (#School4All) zu engagieren.

Derzeit können fast 75 Millionen Kinder weltweit aufgrund von Konflikten oder Naturkatastrophen die Schule nur eingeschränkt oder gar nicht besuchen. Bildung ist allerdings nicht nur ein grundlegendes Menschenrecht, sondern stellt auch ein Grundbedürfnis für Kinder in Notsituationen dar. Sie ist notwendig, damit Kinder Schutz erhalten und Toleranz erfahren und auf eine Verwirklichung ihrer Träume und die Gestaltung ihrer Zukunft hoffen können.

In den letzten Jahren hat die EU die für Bildung in Notsituationen zur Verfügung gestellten Mittel konsequent erhöht. Kommissar Stylianides hat 2015 die Bildung in Notsituationen zur Priorität erklärt. Seitdem ist der Anteil der humanitären Hilfe, den die Europäische Kommission für Bildung in Notsituationen aufgewendet hat, von ein Prozent (2015) auf 10 Prozent (2019) gestiegen. Während die Kommission 2015 knapp 13 Mio. Euro für Bildung in Notsituationen aufgewendet hat, waren es Ende 2018 bereits insgesamt 290 Mio. Euro.

Die Kommission stellt die Mittel über ihre Projektpartner (insbesondere Nichtregierungsorganisationen, Organisationen der Vereinten Nationen und mit humanitären Projekten betraute internationale Organisationen) bereit. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Pressemitteilung: [Bildung in Notsituationen: EU kündigt für 2019 eine Rekordfinanzierung für humanitäre Hilfe an und startet die Kampagne #RaiseYourPencil](#)
[Kampagne #RaiseYourPencil](#)
[Bildung in Notsituationen](#)

Mauro Ferrari zum nächsten Präsidenten des Europäischen Forschungsrates ernannt

Die Europäische Kommission hat am 14. Mai den italienischen Nanowissenschaftler Professor Mauro Ferrari zum nächsten Präsidenten des Europäischen Forschungsrates (ERC) ernannt. Er wird seine neue Funktion am 1. Januar 2020 antreten, wenn das Mandat des derzeitigen Präsidenten Professor Jean-Pierre Bourguignon endet. Der ERC ist für die Finanzierung der wissenschaftlichen Pionierforschung in Europa zuständig. Im Rahmen des Forschungs- und Innovationsprogramms Horizon Europe hat die Kommission für 2021-2027 eine deutliche Aufstockung des Budgets für den ERC vorgeschlagen.



Der neue Präsident tritt dem ERC zu einem für seine Entwicklung wichtigen Zeitpunkt bei. Für den nächsten langfristigen EU-Haushalt hat die Kommission Horizon Europe vorgeschlagen, das bislang ehrgeizigste Forschungs- und Innovationsprogramm der EU. Das Budget des ERC soll von 13,1 Mrd. Euro im Zeitraum 2014-2020 auf 16,6 Mrd. Euro für 2021-2027 steigen.

Professor Ferrari hat war im Rahmen seiner akademischen Karriere, darunter viele Jahre in den Vereinigten Staaten, in verschiedenen Bereichen wie Mathematik, Ingenieurwesen, Medizin und Biologie tätig und hat Pionierarbeit auf dem Gebiet der Nanomedizin geleistet.

Die Entscheidung der Kommission folgt einem wettbewerbsorientierten Auswahlverfahren, das von einem hochrangigen Suchausschuss geleitet wird, der sich aus den Professoren Mario Monti (Vorsitzender, Präsident der Bocconi-Universität), Alice Gast (Präsidentin des Imperial College), Fabiola Gianotti (Generaldirektorin des CERN), Carl-Henrik Heldin (Vorsitzender der Nobel-Stiftung), Jules A. Hoffmann (Nobelpreis für Medizin), Helga Nowotny (ehemalige Präsidentin des ERC) und Maciej Zyllicz (Präsident der Stiftung für polnische Wissenschaft) zusammensetzt.

Der von der EU 2007 gegründete Europäische Forschungsrat wird im Rahmen des laufenden Programms Horizont 2020 ausschließlich aus dem EU-Haushalt finanziert. Jedes Jahr wählt und finanziert sie die besten, kreativsten Forscher aller Nationalitäten und Altersgruppen für die Durchführung von Projekten in Europa. Seit 2007 wurden rund 9000 Projekte für die Finanzierung durch öffentliche Auswahlverfahren ausgewählt und über 110.000 Artikel, die die Unterstützung des ERC bestätigen, in internationalen Fachzeitschriften veröffentlicht. ERC-Geförderte haben renommierte Preise gewonnen, 6 Nobelpreise, 4 Fields-Medaillen und 5 Wolf-Preise. Der ERC hat es den Forschern bereits ermöglicht, vielversprechende Wege zu beschreiten, die zu wissenschaftlichen Durchbrüchen führen, wie z.B. das erste Bild eines schwarzen Lochs, wichtige Fortschritte in der Krebsforschung oder die frühzeitige Erkennung von Sicherheitsmängeln in Computerprozessoren.

Der Präsident ist der formelle Vertreter des Europäischen Forschungsrates und führt den Vorsitz im wissenschaftlichen Rat, dem Leitungsorgan des ERC. Der Wissenschaftliche Rat, der sich aus herausragenden Wissenschaftlern zusammensetzt, legt die Strategie und die Methoden der wissenschaftlichen Finanzierung des ERC fest. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Presse-Statement](#) des ERC zur Ernennung des neuen Präsidenten

Europäischer Forschungsrat - [Website](#)

Horizon Europe - [Website](#)

EU-Forschung und Innovation - Erfolgsgeschichten - [Factsheet](#)

Horizon 2020 - [Website](#)

Agrarrat am 14. Mai 2019

Im Agrarrat erfolgte ein Gedankenaustausch über das neue Umsetzungsmodell im Rahmen der Verordnung über die GAP-Strategiepläne. Dabei standen Fragen zur jährlichen Leistungsüberprüfung und den jährlichen Etappenzielen sowie zur Festlegung von Einheitsbeträgen für nicht flächen- und tierbezogene Maßnahmen im Vordergrund. Außerdem



skizzierte der rumänische Vorsitz sein Vorgehen zu den GAP-Reformvorschlägen bis zum Agrarrat im Juni.

Darüber hinaus tauschte man sich zur Langfriststrategie „Ein sauberer Planet“ für alle aus. Kommissar Hogan informierte des Weiteren zum Stand der Verhandlungen zu verschiedenen Freihandelsabkommen.

Weitere Themen auf der Agenda des Agrarrates waren die Verordnung über den Europäischen Meeres- und Fischereifonds, das weitere Vorgehen nach dem EUGH-Urteil zu den neuen Züchtungsmethoden sowie der europäische Apfel- und Birnenmarkt • *sm*



Aus den Fachbereichen

[Zurück zur Übersicht](#)

Telefonate ins EU-Ausland ab 15. Mai billiger

Seit dem 15. Mai gelten neue Preisobergrenzen für alle Anrufe und SMS ins EU-Ausland: Verbraucher, die von ihrem Land aus in ein anderes EU-Land telefonieren, zahlen somit einen Höchstbetrag von 19 Cent pro Gesprächsminute (zzgl. MwSt.) und 6 Cent pro SMS-Nachricht (zzgl. MwSt.).

Nach der Abschaffung der Roaminggebühren im Juni 2017 sind diese neuen Preisobergrenzen für Anrufe und SMS ins EU-Ausland Teil der [Überarbeitung des EU-weiten Telekommunikationsrechts](#). Diese soll die Koordinierung der elektronischen Kommunikation und die Rolle des Gremiums Europäischer Regulierungsstellen für elektronische Kommunikation (GEREK) stärken.

Eine neue [Eurobarometer-Umfrage](#) zu Auslandsgesprächen zeigt, dass vier von zehn Befragten (42 Prozent) im vergangenen Monat eine Person in einem anderen EU-Land kontaktiert haben. 26 Prozent der Befragten gaben an, dass sie über Festnetz, Mobiltelefon oder SMS eine Person in einem anderen EU-Land erreicht haben.

Telekommunikationsbetreiber in der gesamten EU müssen die Verbraucher über die neuen Preisobergrenzen informieren. Die Vorschriften gelten seit dem 15. Mai in allen 28 EU-Ländern und bald auch in Norwegen, Island und Liechtenstein.

Die Preisobergrenze ist auf den privaten Gebrauch, d. h. auf Privatkunden, begrenzt. Geschäftskunden sind von dieser Preisregelung ausgenommen, da mehrere Anbieter spezielle Tarife anbieten, die für Geschäftskunden besonders attraktiv sind. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Pressemitteilung: Digitaler Binnenmarkt: ab 15. Mai günstiger in andere EU-Länder telefonieren](#)

[Fragen und Antworten: Anrufe ins EU-Ausland](#)

[Eurobarometer-Umfrage zu Anrufen innerhalb der EU](#)

[Pressemitteilung: Einigung über die Aktualisierung des EU-Telekommunikationsrechts](#)

[Fragen und Antworten: EU-Telekommunikationsvorschriften](#)

[Factsheet: Ein digitaler Binnenmarkt zum Nutzen aller Europäer](#)

[Rechtsakte](#)

Sicherheitsunion: Datenbanken in EU werden besser miteinander verzahnt

Die EU-Mitgliedstaaten haben am 14. Mai neue Regeln zum besseren Informationsaustausch beschlossen. Damit können künftig die EU-Informationssysteme in den Bereichen Sicherheit, Grenzschutz und Migrationssteuerung intelligenter und effizienter zusammenarbeiten.

Das Europäische Parlament und der Rat hatten bereits im Februar eine politische Einigung über den Kommissionsvorschlag erzielt, der nun von den Mitgliedstaaten final angenommen wurde. Die neuen Instrumente werden es den bestehenden und künftigen EU-Informationssystemen wie dem Entry/Exit-System (EES), dem Europäischen Reiseinformations- und Genehmigungssystem (ETIAS) und dem Europäischen Strafregisterinformationssystem (ECRIS-



TCN) ermöglichen, miteinander zu kommunizieren und zu verhindern, dass wichtige Informationen unentdeckt bleiben.

Der Text der Verordnung wird nun im Amtsblatt der Europäischen Union veröffentlicht und tritt 20 Tage später in Kraft. Im Anschluss wird die EU-Agentur eu-LISA, die für die Betriebsführung großer Informationssysteme im europäischen Raum der Freiheit, der Sicherheit und des Rechts zuständig ist, für die Entwicklung und den Ausbau der technischen Komponenten verantwortlich sein, die die Interoperabilität der EU-Informationssysteme gewährleisten.

Derzeit sprechen die EU-Informationssysteme nicht ausreichend miteinander - Informationen werden separat in nicht miteinander verbundenen Systemen gespeichert, was sie fragmentiert, komplex und schwer zu bedienen macht. Dadurch besteht die Gefahr, dass Informationen durch das Netz rutschen. Die Beseitigung der derzeitigen Mängel bei der Datenverwaltung und die Verbesserung der Interoperabilität der bestehenden Informationssysteme waren für die Juncker-Kommission eine Priorität.

Neben der Rede von Präsident Juncker zur [Lage der Nation 2016](#) legte die Kommission eine [Mitteilung](#) über stärkere und intelligentere Informationssysteme für Grenzen und Sicherheit vor und begann eine Diskussion darüber, wie die EU-Informationssysteme besser funktionieren können, um die Grenzverwaltung und die innere Sicherheit zu verbessern.

Seitdem hat die Kommission regelmäßig über die Fortschritte bei der Schließung der noch bestehenden Informationslücken in den EU-Informationssystemen berichtet, damit diese intelligenter und effektiver zusammenarbeiten. Im [Mai 2017](#) schlug die Kommission einen neuen Ansatz vor, um die volle Interoperabilität der EU-Informationssysteme für die Sicherheits-, Grenz- und Migrationssteuerung bis 2020 zu erreichen, gefolgt von Legislativvorschlägen im [Dezember 2017](#). • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

[Daily News vom 14. Mai 2019](#)

Pressemitteilung: [Sicherheitsunion: Kommission schließt Informationslücken zum besseren Schutz der EU-Bürger](#)

Pressemitteilung: [Europäische Sicherheitsagenda: Kommission stellt neues Konzept für die Interoperabilität der Informationssysteme vor](#)

Factsheet: Sicherheitsunion: [Schließung der Informationslücke](#)

Factsheet: [EU-Informationssysteme](#)

Faktenchecks zu den gängigsten Mythen über die Europäische Union

Viele Gerüchte und Halbwahrheiten ranken sich um die Europäische Union. Mal wird ein Demokratiedefizit unterstellt, mal eine angebliche Allmacht von Lobbyisten. Manche Regulierungen werden als Ärgernis empfunden oder verlacht. Gerade vor den Europawahlen verbreiten sich alte und neue EU-Mythen wieder. Viel zu oft geht dabei die Wahrheit unter. Die Vertretung der EU-Kommission in Deutschland will die gängigsten Klischees über die EU widerlegen und lässt die Fakten sprechen: dazu hat sie am 14. Mai die aktualisierte Sammlung [„Mythos und Wahrheit“](#) mit Antworten auf rund 30 Vorurteile und Falschmeldungen über die Europäische Union veröffentlicht.

Hier einige Beispiele:





Mythos: „Die EU ist bürgerfern“

Abgehoben und weit weg von den Bürgern - so sehen nicht nur Europagegner die EU. Der Vorwurf kommt immer wieder auch aus der Mitte der Gesellschaft. Inzwischen haben die europäischen Institutionen viel getan, um näher an den Menschen zu sein. Fakt ist, dass es viele Wege gibt, auf denen Bürger die EU-Politik mitgestalten können.

Mythos: „Brüssel ist ein Verwaltungsmoloch“

An den Stammtischen wird gerne auf „die Eurokraten“ geschimpft, die angeblich in Brüssel in Saus und Braus leben. Der Mythos vom aufgeblähten Beamtenapparat lebt fort. Von Beamten, die nichts Besseres zu tun haben, als sich neue Verordnungen auszudenken, mit denen sie die Bürger drangsalieren können. Fakt ist: nur 6 Prozent des EU-Haushalts werden für Personal und Verwaltung aufgewendet, während 94 Prozent den Menschen und Mitgliedstaaten zu Gute kommen.

Mythos: „Deutschland stünde besser da mit der D-Mark“

Noch immer gibt es viele Deutsche, die der guten alten D-Mark hinterhertrauern. In ihrer Nostalgie halten sie den Euro für einen Misserfolg, der Deutschland Geld kostete. Das Gegenteil ist der Fall: Der Euro ist eine stabile und sichere Währung, inzwischen die zweitwichtigste Währung der Welt. In einem sich rasch wandelnden internationalen Umfeld kann Europa seine Wirtschaftskraft und sein Netz der sozialen Sicherheit nur mit einem starken Binnenmarkt und einer global bedeutsamen Währung wahren.

Mythos: „Schengen heißt vor allem Reisefreiheit für Kriminelle“

Das Schengener Abkommen von 1985 brachte den Menschen freies Reisen ohne Grenzkontrollen – eine der größten Errungenschaften der europäischen Integration. International agierende Verbrecherbanden bekämpfen die EU und ihre Mitgliedstaaten heute mit viel moderneren Mitteln als den althergebrachten Schlagbaumkontrollen – etwa durch grenzübergreifende Polizeiteams oder mithilfe des Schengener Informationssystems (SIS): allein 2017 haben die nationalen Behörden die Datenbank mehr als fünf Milliarden Mal abgefragt. Das hat zu fast 40.000 Festnahmen und zum Aufspüren von 200.000 Schwerekriminellen geführt.

Die absurdesten Mythen: Von Alm-Kühen über Kitakuchen bis hin zu Topflappen

Manche Mythen sind so skurril, dass man gar nicht verstehen kann, dass irgendjemand daran glaubt. Und doch gibt es sie, die Gerüchte, dass die EU neue Vorschriften über Windeln für Alm-Kühe oder Zutatenlisten für Kuchen in KITAS erlassen hat. Immer gilt: besser noch einmal nachfragen, als alles glauben, was über „die EU“ zu lesen ist.

Mythos: „Die EU ist zerstritten und hat keinen Einfluss in der Welt“

Gerade angesichts der Unsicherheiten und Gefahren in der Welt durch bewaffnete Konflikte, Terrorismus und nationale Alleingänge hat die EU in vielen, wenn auch nicht allen Fällen zur Geschlossenheit gefunden. Die EU mit ihrem demokratischen Wertesystem hat im Rest der Welt eine hohe Anziehungskraft. • *eag Quelle: PM KOM*

Weitere Informationen:

Die Europäische Union – Mythos und Wahrheit: [Hier zum Download als pdf-Dokument](#)
[Website mit Links zu den einzelnen EU-Mythen](#)



Freies WLAN an öffentlichen Orten (WiFi4EU): Nächste Gewinner stehen fest



Die EU-Kommission hat am 14. Mai die Gewinnergemeinden der zweiten Ausschreibung für mehr freies WLAN an öffentlichen Orten (WiFi4EU), die vom 4. bis 5. April stattfand, veröffentlicht. In Deutschland profitieren über 500 Städte und Gemeinden. Sachsen-Anhalt ist mit u.a. **Barleben, Haldensleben und Südharz** unter den insgesamt

3.400 Siegern des WiFi4EU-Aufrufs vertreten, der sich mit rund 10.000 Bewerbungen erneut großer Beliebtheit erfreute.

Der WiFi4EU-Gesetzesvorschlag war von der EU-Kommission im September 2016 im Rahmen ihrer Strategie zum Digitalen Binnenmarkt vorgelegt worden. Er sieht die Schaffung eines 120 Mio. Euro schweren Gutscheinsystems aus dem EU-Haushalt vor, um interessierten Gemeinden oder Gemeindeverbänden die Möglichkeit zu bieten, ihren Bürgerinnen und Bürgern in öffentlichen Gebäuden und in deren Umfeld freie WLAN-Zugänge anzubieten. Es sollen insgesamt bis zu 9.000 Gemeinden von diesem Projekt profitieren.

Ein WiFi4EU-Gutschein stellt pro Gemeinde einen festen Betrag von 15.000 Euro dar, der die Installation von WLAN-Geräten auf dem neuesten Stand der Technik in den Zentren von gemeinschaftlichem Leben wie Rathäusern, öffentlichen Bibliotheken, Museen, öffentlichen Parks oder Plätzen ermöglicht. Der WiFi4EU-Gutschein gilt für Ausrüstung und Installation der Wifi-Hotspots. Gemeinden, die einen Gutschein erhalten, müssen mindestens drei Jahre lang für den Internetzugang und die Wartung der Ausrüstung zahlen, um eine kostenlose und hochwertige WLAN-Internetanbindung zu gewährleisten.

Das Volumen des aktuellen Aufrufs betrug 51 Millionen Euro, welches in 3.400 Gutscheine eingeteilt wurde. Jedem teilnehmenden Land wurden mindestens 15 Gutscheine garantiert und es konnten maximal 510 Gutscheine gewinnen. Im Rahmen der ersten Ausschreibung im Jahr 2018 wurden bereits 2.800 Gemeinden ausgewählt.

Weitere WiFi4EU-Aufrufe sind für 2019 (im Laufe des Jahres) und 2020 geplant. Die Antragsteller werden im Windhundverfahren, also in der Reihenfolge der Beantragung ausgewählt, wobei darauf geachtet wird, dass jedem Mitgliedstaat eine bestimmte Anzahl von Gutscheinen zugutekommt. • *dw Quelle: EU-Kommission*

Weitere Informationen:

Pressemitteilung zu den Gewinnern (nur in Englisch verfügbar): [hier](#)

Gewinner aus Deutschland: [hier](#)

Fragen und Antworten zu WiFi4EU: [hier](#)

WiFi4EU-Portal: [hier](#)



Was, wann, wo

[Zurück zur Übersicht](#)

Sehr geehrte Damen und Herren,

herzlich möchten Sie die Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der Europäischen Union und das Ministerium für Wirtschaft, Wissenschaft und Digitalisierung des Landes Sachsen-Anhalt

am **22. Mai 2019, von 12:00 bis 15:00 Uhr**
einladen zur Veranstaltung:

Innovative patientenzentrierte Strategien zur Optimierung der Demenzpflege und der Patientenautonomie

Europas Regionen sind im Rahmen des demografischen Wandels unter anderem von einer zunehmenden Alterung ihrer Bevölkerung betroffen.

Auch in Sachsen-Anhalt vollzieht sich dieser Entwicklungsprozess. Vor diesem Hintergrund wird die Veranstaltung exzellenten Projekten aus Sachsen-Anhalt die Gelegenheit geben, ihre Forschung in den Bereichen innovative Gesundheitspflege, demografischer Wandel, Hilfstechnologien und Robotik darzustellen. Diese Forschungserkenntnisse sollen dabei die Grundlage für eine fundierte Diskussion mit Vertretern der Kommission und der Landesregierung unter aktiver Beteiligung der Veranstaltungsteilnehmer dienen, um dabei die Nutzungspotenziale für exzellente regionale Forschung als Basis für internationale Projekte zum Austausch von Wissen und Best Practices zur Bewältigung europäischer gesellschaftlicher Herausforderungen zu erörtern. Die Debatte soll dabei unter anderem auch mögliche Synergien zu anderen EU-Initiativen und -Programmen berücksichtigen.

Die Veranstaltung findet in der Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt, Boulevard Saint Michel 80, 1040 Brüssel statt.

Ihre Anmeldungen nehmen wir gerne per E-Mail entgegen:

sekretariat@lv-bruessel.stk.sachsen-anhalt.de.

Es wird eine Simultanübersetzung (DE-EN, EN-DE) angeboten.

eag





22. Internationales WDR Europaforum 2019 Europa gemeinsam gestalten Zeit für ein neues europäisches Selbstbewusstsein

Das 22. Internationale WDR Europaforum greift erneut Themen der europäischen Zukunftsdebatte auf und bietet am 23. Mai 2019 eine eintägige Konferenz europäischer Spitzenpolitiker im Auswärtigen Amt in Berlin: Welches Europa wollen wir, wie soll es aussehen und wie weit wollen wir als Union gemeinsam gehen?

Wenige Tage vor den Europawahlen und dem EU-Gipfel in Brüssel veranstaltet das Internationale WDR Europaforum am 23. Mai 2019 eine aktuelle europapolitische Diskussionsveranstaltung live im Fernsehen, Radio und Internet.

• *eag Quelle: Internet*

Mehr erfahren Sie hier: <https://registration.europa-forum.wdr.de/start/>





Ausschreibungen

[Zurück zur Übersicht](#)

Gegenstand:	AMT DER EUROPÄISCHEN UNION FÜR GEISTIGES EIGENTUM Stellenausschreibung VEXT/19/17/AD 13/BOA — Chairperson Das Amt der Europäischen Union für geistiges Eigentum (EUIPO) („Amt“) sucht Bewerberinnen und Bewerber zur Besetzung der Stelle des Vorsitzenden der Beschwerdekammern (m/w) des Amtes. Dienstort: Alicante, SPANIEN
Fundstelle: Abl.	C 151 A vom 3. Mai 2019 https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=OJ:C:2019:151A:FULL&from=DE
Bewerbungsfrist:	14. Juni 2019
Antragsunterlagen:	Bewerber müssen das Bewerbungsformular verwenden, das auf der Website des Amtes zur Verfügung steht: LINK Bewerbungen sind vorzugsweise per E-Mail an die folgende E-Mail-Adresse zu senden: MBBCSecretariat@euipo.europa.eu Für Bewerbungen, die über Kurierdienste eingereicht werden, gilt die folgende Anschrift: Vorsitz des Verwaltungsrats EUIPO — Amt der Europäischen Union für geistiges Eigentum Avenida de Europa 4 03008 Alicante SPANIEN

14

Gegenstand:	Europäisches Amt für Personalauswahl (EPSO) Das Europäische Amt für Personalauswahl (EPSO) führt das folgende allgemeine Auswahlverfahren durch: EPSO/AD/372/19 — BEAMTE (m/w) DER FUNKTIONSGRUPPE ADMINISTRATION (AD 5/AD 7) IM BEREICH AUDIT
Fundstelle: Abl.	C 156 vom 7. Mai 2019 https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=CELEX:C2019/156/07&from=DE C 156 A vom 7. Mai 2019 https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/HTML/?uri=OJ:C:2019:156A:FULL&from=DE
Bewerbungsfrist:	12. Juni 2019
Antragsunterlagen:	Weitere Informationen finden Sie auf der EPSO-Website: https://epso.europa.eu/ Bewerben Sie sich online über die EPSO-Website http://jobs.eu-careers.eu



Kontaktbörse

[Zurück zur Übersicht](#)

Europäische Projekte - Diverse Partnergesuche



Wir stehen Unternehmen zur Seite

Die Partnergesuche wurden erstellt von Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt
Mehr Kooperationsprofile finden Sie in der EEN-Datenbank [Link](#)

Programm Profiltyp Land	Kontakt und Details	Kurzbeschreibung / Stichworte
Forschungsge such – H2020 Enterprise Europe Network Italien	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt Isabell Rohde E-Mail: irohde@tti-md.de	<p>Unternehmen mit Expertise in der Biomassebehandlung durch Dampfexplosion oder hydrothermales Verfahren gesucht</p> <p>Ein italienisches Unternehmen aus der Lebensmittelindustrie will im Rahmen eines "Horizon 2020"-Demonstrationsprojekts neue Wertschöpfungsketten aus einem Nebenprodukt der Produktion erschaffen, um einen funktionellen Inhaltsstoff zu entwickeln, der den Marktanforderungen in verschiedenen Branchen entspricht. Das Unternehmen sucht einen Partner (KMU oder Forschung), der über Expertise in der der Lignocellulose-Biomassebehandlung durch Dampfexplosion oder hydrothermale Verfahren verfügt und in der Lage ist, den Produktionsprozess auf der Ebene der Lebensmittelqualität zu optimieren.</p> <p>Nähere Informationen: https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/19a8ff97-6632-47a5-8116-a7c8fc534ba5</p> <p>Referenznummer: RDIT20190509001</p>



Technologiegesuch Enterprise Europe Network Spanien	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt Isabell Rohde E-Mail: irohde@tti-md.de	Bauunternehmen sucht Partner für die Entwicklung von modularen Industriebäusern Ein spanisches Bauunternehmen ist auf der Suche nach Partnern, die im Rahmen eines Joint Ventures modulare Industriebäuser entwickeln können. Die Häuser sollten leicht zu transportieren, ökologisch, nachhaltig und vorzugsweise aus Holz sein. Die Bautechnologie sollte es ermöglichen, alle Arten von neuen Materialien und Systemen zu verwenden, um den Markt in Südeuropa zu entwickeln. Die vorgeschlagene Technologie sollte bereits auf dem Markt sein. Die Struktur der Häuser sollte sich an neue nachhaltige Bauelemente anpassen lassen, die leicht anzubringen sind. Nähere Informationen: https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/b931780b-32d8-4791-a5c4-bb093f5defe7 Referenznummer: TRES20190503001
Geschäftliches Gesuch Enterprise Europe Network Bulgarien	Enterprise Europe Network Sachsen-Anhalt Isabell Rohde E-Mail: irohde@tti-md.de	„Smart Home“-Geräte für den Vertrieb auf dem bulgarischen Markt gesucht Ein bulgarisches Unternehmen, das sich auf die Installation und den Support von drahtlosen und kabelgebundenen "Smart Home"-Geräten und Vorrichtungen spezialisiert hat, sucht nach neuen Anbietern von Z-Wave (und kompatiblen) Geräten und Controllerboards, Software und technischem Know-how. Der Schwerpunkt des Unternehmens liegt derzeit auf intelligenten Waagen und Spiegeln sowie intelligenten Sicherheitsgeräten. Die Kooperation soll im Rahmen einer Vertriebsvereinbarung erfolgen. Nähere Informationen: https://een.ec.europa.eu/tools/services/PRO/Profile/Detail/b284b764-d846-43fa-82d5-d80e3943ca8a Referenznummer: BRBG20190503001



Die nachfolgende Kooperationsanfrage erreichte die LV Brüssel direkt

ERASMUS KA2 France	If you are interested in this project, please contact as soon as possible: Elodie Bourgoin Teacher in the secondary school Notre Dame in Marvejols Email: echabaliier@yahoo.fr	<p>The secondary school Notre Dame, located in the city of Marvejols in Occitanie, France, is looking for 2 partners interested to participate in a project "sport and inclusion" in the framework of the Erasmus + / Key Action 2 program (School exchange partnership).</p> <p>Partners (the French Collège Notre Dame in Marvejols and a Spanish school in Blanes) want to promote local sports specificities (sailing and diving in Blanes, outdoors sports such as hiking and skiing in Marvejols, etc.). They will organize project activities with the support of local organizations or associations for a greater impact on the local community. Four mobilities with students will take place during the project (one in each of the partner countries), and will be the occasion to organize a European sports event.</p> <p>The secondary school is looking for two secondary schools (students aged between 12 and 16) in Europe.</p> <p>Project Title: B.E.S.T. Build Equality trough Sport Togethet</p>
------------------------------	---	--

EEN finden Sie nunmehr auch auf Twitter unter https://twitter.com/EEN_LSA?lang=de



Büro intern / Tipp

[Zurück zur Übersicht](#)

Tipp – Azubis werben für die Europawahl

Das Video "Azubis werben für die Europawahl" ist unter folgendem Link zu finden:

<https://www.youtube.com/watch?v=L-3SlwsVcQs>

Das Video entstand im Rahmen des jährlich stattfindenden EU-Azubigipfel im Landkreis Anhalt-Bitterfeld. Im Rahmen dessen beschäftigen sich seit mehreren Jahren die Auszubildenden zum/ zur Verwaltungsfachangestellten/ Kommunal mit europapolitischen Themen.

Im Herbst 2018 wurde im Rahmen eines Workshops darüber diskutiert, wie der EU-Azubigipfel 2019 gestaltet werden sollte. Die Azubis waren sich schnell darüber im Klaren, dass die Europawahl das Schwerpunktthema sein soll.

So entstand die Idee, mit den Bürgermeistern des Landkreises Interviews zum Thema Europa durchzuführen, um die jeweilige Europaarbeit der Kommune vorzustellen und gleichzeitig für die Europawahl zu werben.

Um fit für diesen Auftrag zu sein, lernten die Azubis in Einzelworkshops dem Umgang mit der Kamera; Grundkenntnisse der Interviewführung wurden ebenso vermittelt.

Im Januar 2019 wurden insgesamt 7 Videos aufgenommen, im offenen Kanal Magdeburg geschnitten und aufbereitet. Eine großartige Leistung, was die jungen Menschen vollbracht haben!

Aus diesen Videos sowie den Statements von EU Abgeordneten entstand dann im April 2019 das beigefügte Video. Gern möchte ich dieses Projekt verbreiten um darzustellen, dass Europa bei uns im Landkreis Anhalt-Bitterfeld tatsächlich ein Thema ist und gelebt wird -Anhalt-Bitterfeld in Europa/ Europa in Anhalt-Bitterfeld!

Für Rücksprachen steht Ihnen zur Verfügung.

Bianca Laukat

Europabeauftragte

Landkreis Anhalt-Bitterfeld

Bereich Landrat

06366 Köthen (Anhalt)

Am Flugplatz 1

Telefon 03496-60 10 16

Fax 03496-60 10 02

E-Mail Bianca.Laukat@Anhalt-Bitterfeld.de

Gastartikel

GOEUROPE! die Jugendberatungsstelle



GOEUROPE! Europäisches Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt ist die Jugendberatungsstelle für Fragen zu europäischen Mobilitätsprogrammen sowie in der Vermittlung europäischer Themen und

Kompetenzen an junge Menschen in Sachsen-Anhalt.

Gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds und des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Programms „Sachsen-Anhalt Transnational“ hat sich das Europäische Jugend Kompetenz Zentrum Sachsen-Anhalt zum Ziel gesetzt, die beruflichen Chancen und die Beschäftigungsfähigkeit junger Sachsen-Anhalter durch die Vermittlung europäischer Kompetenzen zu steigern.

In Trägerschaft des DRK Landesverbandes Sachsen-Anhalt e.V. wird GOEUROPE! gefördert aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds (ESF) und des Landes Sachsen-Anhalt im Rahmen des Programms “Sachsen-Anhalt transnational”.



Landesverband Sachsen-Anhalt e.V.

Viel Spaß beim Lösen der GOEUROPE! Quizfragen dieser Woche:

Viel Spaß beim Lösen der GOEUROPE! Quizfragen dieser Woche! Vom 23. bis 26. Mai 2019 finden die Wahlen zum Europäischen Parlament statt. Auf dem Endspurt zur EU-Wahl möchten wir uns in diesem Quiz mit einem siebenwöchigen Europawahl-Spezial verschiedenen Politikbereichen der EU widmen, die auch im Rennen um die Sitze im Europäischen Parlament eine Rolle spielen, natürlich neutral und überparteilich. In der vorletzten Woche des Quiz-Spezials drehen sich unserer Fragen um Wirtschafts- und Finanzpolitik.



19

1. Bei der Osterweiterung 2004 gab es die sogenannte „Übergangsregelung“, womit festgelegt wurde, dass die neuen Mitgliedsstaaten nicht sofort die Arbeitnehmerfreizügigkeit in vollem Umfang genießen können. Diese Regelung traf jedoch nicht auf alle bisherigen EU-Mitgliedsstaaten zu. Welche Staaten entschieden sich gegen diese Regelungen und nahmen dementsprechend sofort Arbeitnehmer aus den neuen Mitgliedsstaaten auf?

- a) Großbritannien, Irland, Schweden
- b) Belgien, Frankreich, Großbritannien
- c) Schweden, Finnland, Dänemark

2. Welchen Kriterienkatalog muss ein Staat erfüllen, um der Eurozone beizutreten?

- a) Kopenhagen-Kriterien
- b) Maastricht-Kriterien
- c) Paris-Kriterien

3. Welcher Eurozonen-Mitgliedsstaat hat Schwäne auf seine 1-Euro geprägt?

- a) Griechenland
- b) Malta
- c) Finnland



Lösungen:

1. a) Diese Übergangsregelung durfte für maximal sieben Jahre geltend gemacht werden. Jeder Mitgliedsstaat konnte dessen Umsetzung selbst entscheiden. Großbritannien, Irland und Schweden haben sich direkt nach der Verabschiedung gegen diese Regelung entschieden und sofort Arbeitnehmer aus den neuen Mitgliedsstaaten aufgenommen. Deutschland und Österreich hatten diese Sonderklausel vorangetrieben, da sie durch die geographische Nähe direkt betroffen waren.

2 b) Die Maastricht-Kriterien, auch Konvergenzkriterien genannt, wurden in den 1990ern festgelegt und regeln den Beitritt eines Landes zur Eurozone. Sie beschränken u.a. die Inflationsrate auf 1,5% über derjenigen der drei preisstabilsten Länder. Sie setzen außerdem stabile langfristige Zinssätze, stabile Wechselkurse, und Obergrenzen für das öffentliche Defizit und den öffentlichen Schuldenstand voraus. Aktuell sind 19 Länder Teil der Währungsunion. Deutschland hat entscheidend an der Entwicklung dieser Kriterien mitgewirkt, überschritt diese jedoch seit 2002 mehrmals.

3. c) Die finnische Ein-Euro-Münze zieren zwei Schwäne, welche über eine Seenlandschaft fliegen. Das am häufigsten auftretende Tier ist der Löwe, insgesamt am geläufigsten sind aber Portraits wichtiger Staatsbürger*innen. Euro-Banknoten zeigen Architekturstile aus sieben Epochen der europäischen Kulturgeschichte. Die Abbildungen stellen jedoch keine bestimmten Bauwerke, sondern fiktive architektonische Beispiele jeder Epoche dar. Die Entwicklung der Banknoten entsteht in Zusammenarbeit der Europäischen Zentralbank und den Zentralbanken der Mitgliedsstaaten, welche das Euro-Bargeld in Umlauf bringen.

Dies war Teil 6 unseres Wahl-Spezials. Bei Fragen zur EU und Bereichen der EU-Politik können Sie sich an das Europe Direct Informationszentrum Sachsen-Anhalt/ Halle wenden (info@europedirect-halle.de).



Ihr Kontakt zu uns

[Zurück zur Übersicht](#)

Unsere Anschrift

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt
bei der Europäischen Union
80, Boulevard Saint Michel
B – 1040 Brüssel
Belgien

E-Mail-Adresse

sekretariat@lv-bruessel.stk.sachsen-anhalt.de

Telefon (Sekretariat)

+32 2 741 09 31

Telefon (direkt)

+32 2 741 09 – Durchwahl

Fax

+ 32 2 741 09 39

Ihre Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner

Name	Fachbereiche und Themen		
Carmen Johannsen (CJ)	Leiterin des Büros, Grundsatzangelegenheiten der EU	...30	E-Mail
Daniel Wentzlaff (DW)	Stellvertretender Leiter des Büros Digitale Agenda, Energie, KMU, Cluster- und Industriepolitik, Tourismus, Standortmarketing	...19	E-Mail
NN	Presse u. ÖA, Medien, Haushalt, Veranstaltungen	...33	
Dr. Margarete Schwarz (MS)	Landwirtschaft, Umwelt	...12	E-Mail
Martina Lehnart (ML)	Justiz und Innenpolitik	...18	E-Mail
David Fenner (DF)	Innovation, Forschung, Beihilfen und Vergabe, Regionalpolitik	...10	E-Mail
Silke Voigt (SV)	Ausschuss der Regionen, Demografie, EU- Förderprogramme, Verkehr	...38	E-Mail
Elke Andrea Große (EAG)	Redaktion EU-Wochenspiegel, Veranstaltungen	...32	E-mail
Doris Bergner (DB)	Verwaltung, Veranstaltungen	...36	E-Mail
Marion Straßer (MaS)	Assistenz der Leiterin und Sekretariat, Besucherbetreuung	...31	E-Mail
Steffi Mitschke (SM)	Hospitantin	...16	E-Mail
Anna Hillendahl (AH)	Praktikantin	...22	E-Mail
Jennifer Vinzelberg (JV)	Praktikantin	...22	E-Mail
Martin Wöpke (MW)	Praktikant	...22	E-Mail

[Zurück zur Übersicht](#)



SACHSEN-ANHALT

Vertretung bei der
Europäischen Union

Impressum

Herausgeber

Vertretung des Landes Sachsen-Anhalt bei der
Europäischen Union
Boulevard Saint Michel 80, 1040 Brüssel

Verantwortliche Redakteurin

Elke Andrea Große

Fotos

Elke Andrea Große, sofern nicht anders angegeben
oder Quelle: Internet

Layout

Patrick Karwath

Die Artikel sind mit Namenskürzeln versehen.

Dieser Newsletter wird im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit der Landesregierung Sachsen-Anhalt herausgegeben. Er darf weder von Parteien noch von Wahlhelfern während eines Wahlkampfes zum Zwecke der Wahlwerbung verwendet werden. Auch ohne zeitlichen Bezug zu einer bevorstehenden Wahl darf dieser Newsletter nicht in einer Weise verwendet werden, die als Parteinahme der Landesregierung zugunsten einzelner Gruppen verstanden werden könnte.

